



SABINE VERHEYEN
Mitglied des Europäischen Parlaments

Europabüro Aachen
Monheimsallee 37
52062 Aachen
Tel.: 0241 – 56 00 69 33/-34
Fax: 0241 – 56 00 68 85
sabine.verheyen@europarl.europa.eu
www.sabine-verheyen.de

06.11.09

Pressemitteilung

"Iran verletzt Menschenrechte und Religionsfreiheit"

Sabine Verheyen veranstaltet Diskussionsrunde im Europäischen Parlament

Die Europaabgeordnete Sabine Verheyen hat am 4. November 2009 mit ca. 30 Wissenschaftlern, Abgeordneten und Vertretern der Zivilgesellschaft über die gravierenden menschenrechts- und religionspolitischen Missstände im Iran diskutiert. Als Redner waren Wahied Wahdat-Hagh, Forschungsbeauftragter der European Foundation for Democracy, Dr. Zazila Ghanea, Dozentin für internationales Menschenrecht an der Oxford University, und Atoine Madelin, EU Beauftragter der Fédération Internationale des Droits de l'Homme angereist.

Im Zentrum der Diskussion, die in Kooperation mit der menschenrechtspolitischen Stiftung *European Foundation for Democracy* statt fand, stand die systematische Diskriminierung und Unterdrückung der Baha'i-Religionsgemeinschaft im Iran. Die Baha'i sind mit etwa 300.000 Mitgliedern die größte nicht muslimische religiöse Minderheit des Iran. Vor ungefähr 150 Jahren gegründet, sind sie eng mit der Geschichte des Landes verwoben. Dennoch werden sie – im Gegensatz zu Juden, Christen und Zoroastriern – nicht von der iranischen Verfassung anerkannt. Obwohl sich die Baha'i loyal gegenüber der Regierung verhalten und sich gegen Gewalt aussprechen, werden sie seit ihrer Gründungszeit verfolgt. Die Verfolgungen haben das Ziel, die religiöse Identität der Baha'i zu unterdrücken und deren Gemeindeaktivitäten massiv einzuschränken.

Unter der derzeitigen Regierung haben die Schikanen gegen die Bahá'í deutlich zugenommen. Sie reichen von Beschlagnahmungen von Eigentum über Diffamierungskampagnen bis hin zu willkürlichen Verhaftungen. Die sieben vor kurzem verhafteten Mitglieder der Baha'i –Führungsspitze – Fariba Kamalabadi, Jamaloddin Khanjani, Afif Naeimi, Saeid Rezaie, Mahvash Sabet, Behrouz Tavakkoli und Vahin Tizfahm – sind politische Gefangene. Ihnen wird, ohne dass dafür überzeugende Beweise vorgelegt werden könnten, Spionage für Israel, Beleidigung religiöser Gefühle, Propaganda gegen die Islamische Republik und seit kurzem auch noch "Verbreitung von Verderbtheit auf Erden" vorgeworfen. Als Angehörige einer im Iran nicht akzeptierten religiösen Minderheit erwartet sie voraussichtlich ein Schauprozess, dessen Ausgang längst feststeht: die Todesstrafe.

Um dies zu verhindern, wurde im Rahmen der Diskussion über die Einflussmöglichkeiten des Europäischen Parlaments beraten. Es wurden Strategien diskutiert, die langfristig eine Perspektive schaffen und den Menschen im Iran Hoffnung geben sollen. Zusammenfassend bleibt allen Beteiligten der Diskussionsrunde die Erkenntnis, dass an der Situation der Baha'i nur dann etwas verbessert werden kann, wenn mit Hilfe von Veranstaltungen dieser Art in Zukunft immer mehr Menschen auf diese Problematik aufmerksam gemacht werden.